



Foto: AdobeStock / Teodor Lazarev

Auch regelmäßige Telefonate mit einsamen, hochbetagten oder erkrankten Menschen können ein Beitrag gegen soziale Kälte sein.

Die SoVD-Kampagne lebt neben sozialpolitischen Forderungen auch vom persönlichen Tun

Was tun Sie gegen soziale Kälte?

Seit Langem warnt der SoVD vor wachsender sozialer Ausgrenzung. Trotz jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwungs rutschen immer mehr Bürger*innen an den gesellschaftlichen Rand; stetig wächst zudem die Einkommenskluft zulasten Benachteiligter. Mit einer bundesweiten Kampagne mobilisiert der SoVD deshalb gegen soziale Kälte. Dabei setzt der Verband neben sozialpolitischen Forderungen auch auf das Engagement seiner 600.000 Mitglieder.

Die verlässliche Absicherung aller Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität und Frieden. Die Sozialstaatlichkeit ist im Grundgesetz verankert. Ihre Ausgestaltung ist dabei weitgehend dem Gesetzgeber überlassen.

Wachsende Schieflagen begünstigen Politik- und Staatsverdrossenheit, aber auch Fremdenfeindlichkeit und soziale Kälte. Um dem entgegenzuwirken, fordert der SoVD von der Politik weitreichende Gegenmaßnahmen.

Der Verband ermahnt Bund und Länder mit Nachdruck, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, um Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Personengruppen sicherzustellen. Vor allem die fortschreitende Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsvorsorge muss nach Überzeugung des SoVD zurückgedrängt werden. Klaffende Leistungslöcher in den Systemen sozialer Absicherung sind zu schließen. Der Verband betont, dass die Finanzierung

dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe aus Steuermitteln erfolgen muss und nicht in immer größerem Umfang den Sozialversicherungssystemen aufgebürdet werden darf.

Zu den zentralen Forderungen des SoVD zur gesellschaftspolitischen Bekämpfung sozialer Kälte und Ausgrenzung gehören die Vermeidung von Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung des Niedriglohnssektors. Der Verband fordert zudem eine deutliche

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Unabhängig und mobil bleiben - auch nach einem Unfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe- und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746925 (gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

Corona ist dabei, unseren privaten, persönlichen und beruflichen Alltag zu beeinflussen und zunehmend zu beherrschen. Die gesamte Gesellschaft, der ganze Staat ist vor eine große Herausforderung gestellt. Eine vergleichbar angespannte Situation habe ich, haben die meisten von uns in unserem Leben bisher noch nicht erlebt.

Die aktuellen Nachrichten und sich zuspitzenden Entwicklungen beunruhigen und ängstigen. Gleichzeitig wird mit vereinten Kräften und auf allen politischen

und gesellschaftlichen Ebenen das Menschenmögliche dafür getan, die Krise zu meistern, die Infektionsrate einzudämmen und – unter Berücksichtigung aller Faktoren – im Schulterschluss länderübergreifend zu handeln, ohne andere, noch stärker betroffene Regionen im Stich zu lassen. Ich hoffe, dass wir alle die notwendige Kraft und die Solidarität aufbringen, mit den täglich wechselnden Meldungen fertig zu werden, uns nicht über Gebühr verunsichern zu lassen und uns gegenseitig zu stützen.

Ich danke Ihnen für die bisher gezeigte Einsatzbereitschaft im Ehren- und Hauptamt in den Landesverbänden, in den Kreis- und Ortsverbänden und im Bundesverband. Ich wünsche uns allen in den kommenden Wochen und Monaten eine große Portion Gelassenheit und vor allem Gesundheit.

Gemeinsam sollten wir versuchen, die vielfältigen Anforderungen erfolgreich zu bewältigen, erforderliche „ungeplante Freizeiten“ positiv zu nutzen.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Der Bundesvorstand wünscht allen SoVD-Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden des Verbandes ein gesegnetes Osterfest!



Zusammenhalten gegen Corona

Pandemie erfordert weitreichende Maßnahmen
Seite 5



Verbände für neue Wohnpolitik

Soziale Plattform Wohnen stellt Forderungen
Seite 4



Unsichtbare Arbeitslosigkeit

Über 170.000 Erwerbslose fehlen in der Statistik
Seite 4

Osterpuzzle in der SoVD-Zeitung

Buchpreise für Kinder zu gewinnen
Seite 14



Die SoVD-Kampagne lebt neben den gesellschaftspolitischen Forderungen auch vom persönlichen Tun

Was tun Sie gegen soziale Kälte?

Fortsetzung von Seite 1

Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfe behinderter Menschen. Die Mindestsicherungssysteme müssen insgesamt bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Der SoVD fordert darüber hinaus, dass in der Absicherung bei Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld I wieder die grundsätzliche Absicherung werden muss. Hohe und höchste Einkommen und Vermögen müssen nach Überzeugung des SoVD zu angemessenen Steuerzahlungen herangezogen werden.

SoVD fordert eine solidarische Bürgerversicherung

Der SoVD fordert weiterhin bereits seit vielen Jahren die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung auf den Gebieten der Gesundheit und Pflege für die gesamte Bevölkerung auf der Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der sozialen Pflegeversicherung.

Auch das Thema bezahlbares Wohnen hat der Verband fest im Blick. Er mahnt, dem Verdrängungswettbewerb auf Kosten sozial benachteiligter Menschen Einhalt zu gebieten. Entsprechende Entscheidungen zur Verlängerung der Mietpreisbremse begrüßt er hierbei als ein wirksames Instrument. Dazu sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer vor Kurzem öffentlich: „Die Sozialberatungsgespräche vor

Ort zeigen uns die Tragweite des Problems deutlich auf. Denn es sind vor allem Arbeitsuchende, Rentner*innen, Pflegebedürftige sowie Menschen mit Behinderung, die um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren müssen. Viele Menschen müssen so viel für die Miete ausgeben, dass zu wenig zum Leben übrig bleibt.“ Bereits 2018 hatte der Verband hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das SoVD-Gutachten „Wohnverhältnisse in Deutschland. Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut“ zeigt auf, wen die Entwicklung trifft. Auch mit dem Positionspapier „Gutes Wohnen. Für alle! Überall!“ hat sich der SoVD zu Wort gemeldet und Lösungswege aufgezeigt.

600.000 SoVD-Mitglieder leben „soziale Wärme“

Sobald dies angesichts der aktuellen Corona-Gesundheitskrise wieder möglich ist, werden mit Kampagnenplakaten bestückte Werbemobile bundesweit unterwegs sein, um die Ziele der Kampagne vor Ort sichtbar werden zu lassen. Entsprechende Pilotprojekte waren bereits vor dem Kampagnenstart zur 21. Bundesverbandstagung im November 2019 in den Landesverbänden Hamburg, Bayern und seitdem Berlin-Brandenburg mit großem Erfolg und Resonanz gelaufen.

Jedoch auch in einer der zentralen Säulen des Verbandes, der Gemeinschaft vor Ort, sieht der

SoVD erhebliches Potenzial, dem Phänomen wachsender sozialer Kälte zu begegnen: Denn die Mehrzahl der 600.000 Mitglieder starken Verbandsgemeinschaft trägt durch ihr ehrenamtliches Engagement dazu bei, ein weitreichendes soziales Netz zu spannen. Diese kann Benachteiligte und Not leidende Menschen ein Stück weit auffangen. Solidarität und menschliche Wärme sind im SoVD keine leeren Worthülsen. Sie werden gelebt – gerade und insbesondere auch in Krisenzeiten. Nicht zuletzt wurde der Verband aus diesem Selbstverständnis heraus vor über hundert Jahren gegründet.

Berichten Sie uns von Ihrem Einsatz gegen soziale Kälte

„Was tun Sie, um sozialer Kälte zu begegnen?“, fragen wir deshalb als Bundesverband in der aktuellen Zeitungsausgabe. „Wo und wie bringen Sie sich persönlich und beispielhaft für die Gemeinschaft im SoVD und zugunsten Not leidender oder benachteiligter Menschen ein?“

Wir möchten Sie herzlich auffordern, uns beispielhaft von Ihrem Tun zu berichten. Ihr Engagement kann dabei ganz unterschiedlich aussehen – jede Stunde im Dienste für andere ist ein Beitrag gegen soziale Kälte und für mehr Menschlichkeit im Miteinander.

• Helfen Sie vielleicht anderen Menschen bei der Erledigung



Foto: Wolfgang Borrs

Das Kampagnen-Litomobil ist hoffentlich bald wieder im Einsatz.

- von Berhördengängen?
- Beraten Sie in sozialrechtlichen Fragen?
- Statten Sie einsamen, älteren oder kranken Menschen Besuche ab und schenken ihnen dadurch Freude und das Gefühl, nicht auf sich allein gestellt zu sein? (Wir stellen diese Frage unabhängig von der Tatsache, dass Ihnen dies im Augenblick aufgrund der Coronakrise nicht möglich ist.) Generell können Anteilnahme, Beistand und Unterstützung auch in Form von Telefonaten, Nachrichten oder – ganz altmodisch, aber dafür umso persönlicher – in Form von Briefen erfolgen.
- Gehören Sie zu den Ehrenamtlichen, die in ihrem Orts- oder Kreisverband Informationsver-

anstaltungen zu Beratungsthemen veranstalten?

- Oder planen Sie in Ihrem Orts- oder Kreisverband Gruppenreisen und Gemeinschaftsnachmittage? (Auch diese Frage bezieht sich auf Vergangenheit und Zukunft und nicht auf die gegenwärtige Situation.)

Über Ihre Zuschriften – gerne mit Foto! – freuen wir uns. Gerne würden wir Ihr Beispiel in einer unserer kommenden Ausgaben veröffentlichen und damit zum Nachmachen anregen. Bitte richten Sie Ihr Schreiben mit Name und Adresse an: SoVD-Bundesverband, Abteilung Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: redaktion@sovde.de.

Veronica Sina

Mitteilung

Bis Systeme in eine echte Krise geraten, müssen viele Faktoren zusammentreffen. Wie schnell das bei ungünstigen Konstellationen geschehen kann, ist für die meisten von uns erschreckend. Wenn zum Beispiel Hausärzt*innen und Kliniken Hilferufe senden, wenn bestehende Strukturen zu Verzögerungen führen und nicht genug Material zum Schutz der Helfer*innen vorhanden ist, dann stimmt etwas grundsätzlich nicht.

Besonnenes Handeln ist jetzt gefragt. Panik führt nicht zu Verbesserungen. Und diese Krise birgt auch eine Chance: die Chance, dass im Hinblick auf die Ausstattung der medizinischen Infrastruktur ein Umdenken eintritt. Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Der Verband wird sich – mit demselben Nachdruck wie zuvor – auch nach Abklingen der öffentlichen Aufmerksamkeit und aktuellen Krisensituation dafür einsetzen, dass sich die medizinische Versorgung aller Menschen in unserem Land verbessert. Und dies unabhängig

von wirtschafts- oder finanzpolitischen Erwägungen!

Leider hat Corona derzeit auch den SoVD „im Griff“. Wenngleich wir alle möglichen Maßnahmen zum Schutz unserer Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Funktionsträger*innen sowie externer Partner*innen ergriffen haben, blieben wir nicht komplett von den Auswirkungen verschont. So finden Sie diese Ausgabe mit einem leicht reduzierten Umfang im bundesweiten Teil vor.

Für uns hatte die redaktionelle Gestaltung und Produktion der Landesbeilagen Priorität, sodass Sie diese vollständig erhalten können. Für Ihr Verständnis bedanken wir uns ausdrücklich und hoffen gemeinsam, dass die kommenden Ausgaben wieder im gewohnten Umfang erscheinen können. Bis dahin: Bleiben Sie gesund! Im Falle einer Erkrankung wünschen wir Ihnen und Ihren Lieben eine gute, schnelle und vollständige Genesung!

Ihre Geschäftsführung
im SoVD-Bundesverband

Bündnis macht sich stark für die Neubemessung der Hartz-IV-Regelsätze

Soziale Spaltungen verhindern

Mit einem Brief unter der Überschrift „Spaltungen verhindern, Zusammenhalt stärken – kein Weiter so bei den Regelsätzen“ wenden sich der SoVD und andere Organisationen an die Politik. Sie möchten damit ein Nachdenken über die Hartz-IV-Regelsätze in Gang setzen.

In diesem Jahr wird die über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze neu entschieden. Dies geschieht auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 2018. Ein breites Bündnis von Verbänden und Organisationen, zu denen auch der SoVD gehört, kritisiert die derzeitige Bestimmung der Regelsätze und fordert eine Reform. Dazu hat es sich in Briefen an Arbeitssozialminister Hubertus Heil (SPD) und die Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Soziales gewandt. Die Unterzeichnenden zeigen, wie die aktuelle Praxis der Ermittlung zu einer Abwärtsspirale führt und Betroffene den Anschluss an die Gesellschaft verlieren.

Die Höhe des Hartz-IV-Satzes wird aktuell auf Basis der Konsumausgaben der unteren 15 Prozent der Ein-Personenhaushalte

sowie des unteren Fünftels der Paar-Haushalte mit einem Kind festgelegt. Dabei werde das Wenige, das einkommensschwache Haushalte ausgeben können, unreflektiert mit dem Existenzminimum gleichgesetzt, das sichergestellt werden soll. Die Unterzeichnenden fordern stattdessen, Mindeststandards für die materielle Ausstattung und soziale Teilhabe neu zu bestimmen.

Außerdem würden viele Ausgaben der Vergleichsgruppe als „nicht relevant“ herausgestrichen. Darunter fallen unter anderem Malstifte, Handykosten oder Familienfeste wie Konfirmation und Jugendweihe. Das verhindere die Teilhabe von Kindern.

Das Schreiben kritisiert weiterhin, dass einmalige Bedarfe

für große Anschaffungen wie Haushaltsgeräte sich über die EVS nur unzureichend erfassen ließen. Aus Sicht der Unterzeichnenden wäre es sinnvoller für solche Gebrauchsgüter separate Einmalleistungen zu gewähren.

Der Brief schließt mit dem Wunsch nach einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Bestimmung der Regelsätze. Bei der Neufestsetzung gehe es um die Frage, welcher Betrag notwendig ist, um in der reichen Bundesrepublik menschenwürdig leben und teilhaben zu können. Die Unterzeichnenden, darunter SoVD-Präsident Adolf Bauer, plädieren für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die konkrete Vorschläge für eine neue Herangehensweise erarbeitet. str

Bericht der Rentenkommission wird nach Auf's und Abs am 27. März erwartet – SoVD brachte Forderungen ein

Zukunft der Rente für alle sicherstellen

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt der SoVD, wie die Arbeit der Rentenkommission voranschreitet. Nach aktuellem Stand will das von der Bundesregierung eingesetzte Gremium seine Pläne am 27. März vorstellen. Schon frühzeitig hat der SoVD eine Vielzahl an Forderungen in die Debatte eingebracht, damit das Ziel der Alterssicherung für Millionen Betroffene erreicht werden kann.

Vorschläge für einen „verlässlichen Generationenvertrag“ auszuarbeiten – das war und ist die Aufgabe der Rentenkommission. Neue Weichenstellungen sind notwendig, weil künftig immer mehr geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Perspektivisch kommt deshalb auf weniger Beitragszahler*innen eine höhere Zahl an Rentner*innen.

Empfehlungen für die künftige Alterssicherung

Im Sommer 2018 beauftragte die Bundesregierung die zu dem Zweck gebildete Rentenkommission damit, Empfehlungen für die künftige Alterssicherung auszuarbeiten. Insgesamt gehören dem Gremium zehn Personen an: Sozialexpert*innen aus den Bundestagsfraktionen von Union und SPD, Vertreter*innen von Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen sowie drei Wissenschaftler*innen.

Von Beginn an war klar, dass es keine einfache Aufgabe werden würde, in dieser Runde einen Konsens herzustellen, um das Rentensystem auf Dauer sicherzustellen. Ursprünglich wollte die Kommission ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Rente ab 2025 bis zum 10. März vorlegen. Der Termin wurde mehrfach verschoben. Nach vielen Auf's und Abs drohte die

Kommission zwischenzeitlich sogar zu scheitern. Jetzt hat sie den Abschlussbericht auf den 27. März terminiert.

Der SoVD brachte eine Vielzahl an Forderungen in die Debatte ein. Der Verband ermahnt dabei mit Nachdruck dazu, eine gemeinsame Linie zu fahren, damit die Alterssicherung Millionen Betroffener erreicht werden kann. Zu den sozialpolitischen Forderungen gehören im Einzelnen:

- die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einbezogen werden – auch Selbstständige, Beamte*innen und Abgeordnete,
- die Anhebung des Rentenniveaus auf ein lebensstandardsicherndes Niveau von 53 Prozent und die Streichung der Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel (Beitragssatzfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor),
- spürbare Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner*innen im Bestand,
- eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro (keine Vergünstigung für Mini- und Midijobs),
- die vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln (wie etwa die sogenannte Mütterrente, die Grundrente oder Zeiten aufgrund von Pflege),

- die Einführung von Rentenfreibeträgen in der Grundversicherung für alle, nicht nur für Grundrentenbezieher*innen, sowie die
- Einführung einer Vermögenssteuer.

SoVD fordert Ausbau der Elemente sozialen Ausgleichs

Die Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens. Die Weichen für eine auskömmliche und armutsfeste Rente werden in der Erwerbsphase gestellt. Denn die gesetzliche Rente basiert auf der Höhe der Beiträge, die im Erwerbsleben in die gesetzliche Rentenversicherung oder andere Alterssicherungssysteme eingezahlt wurden. Eine auskömmliche Rente ist ohne eine gute und vorausschauende Arbeitsmarktpolitik nicht denkbar.

Vielen Menschen ist es jedoch aufgrund ihrer Lebenssituationen nicht möglich, ausreichend Beiträge in die Rentenkasse einzuzahlen und auch noch zusätzlich privat vorzusorgen. Das kann zum Beispiel während der Erziehung eines Kindes, der Pflege Angehöriger, in Zeiten der Weiterbildung oder aufgrund schlechter Bezahlung, bei Tätigkeit in Teilzeit, bei Arbeitslosigkeit und schlechter Wirtschaftslage der Fall sein.

Der SoVD fordert deshalb, dass der Staat die Elemente des so-



Foto: lordn / AdobeStock

Bald gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente.

zialen Ausgleichs, wie es sie in der gesetzlichen Rente zum Beispiel bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten bereits gibt, weiter ausbaut.

Die Arbeitswelt erlebt zudem einen durch Digitalisierung und zunehmenden Einsatz von erneuerbaren Energien bedingten Strukturwandel. Immer neue Berufsfelder entstehen, andere fallen weg. Gezielte Weiterbildung und Qualifizierung sind ein wichtiger Schlüssel, um die Beschäftigten für den Arbeitsmarkt fit zu halten und struktureller Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Der SoVD fordert deshalb im Bereich der Arbeitsmarktpolitik:

- die Einführung der vollen Sozialversicherungspflicht für die geringfügige Beschäftigung sowie Beschäftigung in der Gleitzone (Mini- und Midijobs),
- die Unterbindung des Missbrauchs von befristeter Be-

schäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen sowie Eingrenzung derartiger prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnissen,

- gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
 - die jährliche Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns an die Preis- und Lohnentwicklung sowie seine Anhebung auf ein armutsfestes Niveau,
 - die Einführung eines individuellen Rechts auf Fort- und Weiterbildung sowie staatliche Unterstützung in dieser Phase mit besonderem Fokus auf Menschen mit Behinderungen.
- Der SoVD wird sich weiter im Sinne der von ihm vertretenen Personengruppen in die Debatte einbringen. *hw/veo*

Informationsmaterial des SoVD-Bundesverbandes unterstützt Gliederungen und Mitglieder

Etliche Änderungen in den Sozialgesetzen

Wenn es im Sozialrecht zu Neuerungen kommt, bedeutet das fast immer auch Änderungen für die Ansprüche und damit den konkreten Alltag vieler Betroffener. Darum informiert der SoVD seine Mitglieder, worin die Gesetze bestehen und wie er sie einschätzt. Unter anderem fassen dies regelmäßige „Sozial-Infos“ kurz und übersichtlich zusammen. Sie stehen auf der Internetseite www.sovd.de.

In diesem Jahr veröffentlichte der SoVD schon mehrere Sozial-Infos. Nach dem ersten zum Masernschutzgesetz (siehe Märzausgabe der Zeitung, Seite 4) widmete sich das zweite einem Thema im Bereich Behinderung:



Sozial-Infos zu diesen und anderen Themen gibt es auf www.sovd.de zum Onlinelesen oder Herunterladen als barrierefreies PDF: unter „Publikationen“, dann „Sozial-Infos“. Ausführliche SoVD-Positionen stehen bei „Publikationen“ in „Stellungnahmen“.

Bundesteilhabegesetz

Sozial-Info 2/2020 erklärt die dritte Stufe des Bundesteilhabegesetzes, die seit Jahresbeginn in Kraft ist. Sie betrifft besonders die Eingliederungshilfe. Viel ändert sich vor allem für Menschen mit Behinderungen, die in stationären Einrichtungen wohnen, bei Leistungen zur sozialen Teilhabe und beim Anrechnen von Einkommen und Vermögen. Der SoVD kritisiert jedoch, dass das Recht jetzt kompliziert ist und nicht nur Vorteile bringt.

Opferentschädigung

Ganz neu ist das Soziale Entschädigungsrecht, welches

Nummer 3/2020 vorstellt. Das Gesetz bündelt Leistungen für Sach- und Personenschäden in einem neuen Teil des Sozialgesetzbuches, dem SGB XIV. Es sieht Verbesserungen für Gewalt- und Terroropfer, aber auch für Impfgeschädigte vor. Kriegsopfer haben Bestandsschutz. Manches gilt schon 2020, das meiste erst 2024. Künftig erhalten mehr Betroffene Schutz und Hilfe, darunter auch Opfer sexualisierter und psychischer Gewalt. Der SoVD begrüßt dies.

Entlastung Angehöriger

Aus Sozialhilfe und Pflege informiert das vierte Papier: Seit dem 1. Januar gilt das An-



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Auf welche Leistungen sie Anspruch haben, beeinflusst das Leben vieler Menschen. Gesetzgebung begleitet der SoVD schon im Vorfeld.

gehörigen-Entlastungsgesetz. Es hilft Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Letztere darf das Sozialamt nun erst ab einem Jahreseinkommen über

100.000 Euro heranziehen, um sie an Kosten zu beteiligen. Auch Menschen mit Behinderungen profitieren von dem aus SoVD-Sicht guten Gesetz. *ele*

Personalien

Edda Schliepack feiert am 8. April den 80. Geburtstag. 2007–2019 gehörte sie Präsidium, Bundesvorstand und Frauenausschuss an, war Bundesfrauensprecherin und 2. Landesvorsitzende in Niedersachsen. Dort amtierte sie 2007–2011 auch als SPA-Vorsitzende. In Braunschweig leitete sie 2003–2017 Kreis- wie Ortsverband. Dem SoVD trat sie 1981 bei.



SoVD und VdK ziehen vor das Verfassungsgericht

Erwerbsminderungsrente höchstrichterlich klären

Die Renten für Erwerbsgeminderte waren nach Einführung der Rentenabschläge auf vorzeitige Renten im Jahr 2001 oft empfindlich niedrig ausgefallen. Häufig stellten sie ein Armutsrisiko dar. Betroffene haben jedoch keine Wahl. Sie sind auf diese Rente angewiesen, da sie nicht mehr arbeiten können.

Der Gesetzgeber hatte dies auch auf Druck der Sozialverbände erkannt und für Neurentner*innen Verbesserungen in den Jahren 2014, 2018 und 2019 eingeführt. Die Bestandsrentner*innen berücksichtigte er dabei jedoch nicht.

SoVD und VdK werden nun ausgewählte Klageverfahren zur Klärung der Verfassungsmäßigkeit dieser Ungleichbehandlung der Bestandsrentner*innen führen. Die Politik hat das Thema bereits von der Tagesordnung gestrichen. Das wollen die Sozialverbände nicht hinnehmen, auch wenn juristisch hohe Hürden bestehen. Es werden jedoch nur einzelne, ausgewählte Verfahren als Musterverfahren geführt. Eine Sammelklage gibt es im deutschen Recht nämlich nicht. Über den Ausgang werden wir berichten. *ar*



Foto: kai / Adobe Stock

Ist es rechtens, Bestandsrenten ungleich zu behandeln?

Soziale Plattform Wohnen benennt Probleme und stellt gemeinsame Forderungen

Verbände für neue Wohnpolitik

Der SoVD ist nicht allein mit seinem Ruf nach gutem, bezahlbarem Wohnraum für alle: Die Wohlfahrts-, Sozial- und Fachverbände sind alarmiert angesichts der Situation am Wohnungsmarkt und haben sich im März zu einer Plattform zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern sie politische Maßnahmen.

Der Wohnungsmarkt ist nicht sozial. Gute Wohnungen sind knapp und für etliche Menschen zu teuer. Vielerorts steigen die Mieten rasant, im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent binnen weniger Jahre, oft mehr. Auch fehlt es an geeignetem Wohnraum: ob für Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien, Senior*innen oder Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Vor allem diejenigen, die ohnehin Diskriminierung erfahren, kleine Einkommen oder besondere Bedarfe haben, werden aus den Städten an die Ränder verdrängt oder geben viel zu viel von ihrem Einkommen für Miete aus. Wohnen ist die neue soziale Frage.

Darauf weist der SoVD schon lange hin. Er fordert: „Gutes Wohnen. Überall! Für alle!“ Zuletzt unterstützte er die europäische Bürgerinitiative „Housing for all“.

Am 17. März startete auf Initiative des Paritätischen Gesamt-



Das ausführliche Forderungspapier steht online auf: www.sovd.de/guteswohnen. Dort gibt es auch mehr vom SoVD zum Thema Wohnen, etwa ein Wohngutachten und ein Impulspapier.



Grafik: Der Paritätische

Der SoVD ist Teil der Plattform.

verbandes die „Soziale Plattform Wohnen – für eine menschenorientierte Wohnungspolitik“. Neben Volkssolidarität, VdK, Kinderschutzbund und anderen Verbänden trägt sie auch der SoVD. Gemeinsam zeigen sie Probleme und Ursachen auf und fordern „gutes Wohnen für alle“ – nämlich eine neue Wohnungsmarktpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Dafür sei ein Richtungswechsel nötig, weg von einer renditeorientierten, hin zu einer bedarfsgerechten Wohnwirtschaft. Besonders für mehr sozialen Wohnungsbau und Barrierefreiheit setzt die Plattform sich ein. Das sind die Forderungen in Kürze:

- gemeinwohlorientierte und öffentliche Wohnungsbewirtschaftung stärken,
- inklusive Gemeinwesen fördern,

- Schutz vor Wohnungslosigkeit, steigenden Mieten und Verdrängung,
- Bodenbewirtschaftung und Bauen sozialverträglich gestalten,
- Lebensqualität in strukturschwachen Gebieten sichern. Manche Gruppen sind am Markt besonders benachteiligt. Sie rückt ergänzend eine Publikation des Paritätischen in den Blick: „Menschen im Schatten des Wohnungsmarktes“ zeigt in sechs Reportagen die Auswirkungen unzureichender Wohnsituationen auf Menschen mit besonderen Bedarfen. *ele*



Foto: Andrea Arnold / Adobe Stock

In den Städten ist Verdrängung ein großes Wohnproblem.

Mehr als 170.000 Erwerbslose fehlen in der Statistik – SoVD mit Konzepten für ältere Jobsuchende

Unsichtbare Arbeitslosigkeit bei Älteren

Auf dem Papier hat sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gut entwickelt. 2019 waren 2,27 Millionen Menschen als einen Job suchend gemeldet. Doch bei dieser Zahl gibt es eine bedeutende Leerstelle. Wie das Arbeitsministerium auf eine Anfrage eingestand, fehlen viele Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, in der Statistik.

Nach einer Sonderregelung im Sozialgesetzbuch II gelten Erwerbsfähige nach Vollendung des 58. Lebensjahres nicht als arbeitslos, wenn sie zuvor mindestens zwölf Monate Grundversicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/„Hartz IV“) erhalten haben und in diesem Zeitraum kein Jobangebot bekamen.

Im vergangenen Jahr fielen 171.276 Hartz-IV-Beziehende unter diese Regelung und tauchten nicht in der Statistik auf, teilte das Arbeitsministerium auf eine Anfrage der Linkspartei mit, über die das Redaktionsnetzwerk berichtete. Diese Zahl entspricht fast acht Prozent der Arbeit suchend Gemeldeten. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben

oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit Längerem nicht mitgezählt.

Marginalisierung älterer Arbeitsloser

Das hat zur Folge, dass die Arbeitslosenstatistik gut aussieht und sich die Erzählung vom deutschen Jobwunder hält. Ältere Langzeitarbeitslose werden dadurch marginalisiert und ihnen wird der Eindruck vermittelt, auf dem Arbeitsmarkt keine Rolle mehr zu spielen. Bei den Behörden kann diese Praxis dazu führen, für ältere Arbeitslose weniger Vermittlungsversuche zu unternehmen, da sie nicht mehr in der Statistik geführt werden.

Der SoVD hat sich mehrfach mit der Situation älterer

Arbeitsloser beschäftigt und einige Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lage entwickelt. Der Verband fordert eine Ausweitung des Leistungsbezugs von Arbeitslosengeld I für über 55-Jährige auf 24 Monate. Bisher gibt es für sie eine auf 18 Monate verlängerte Bezugsdauer. 58-Jährige erhalten es für zwei Jahre, sofern sie zuvor für 48 Monate Beiträge in der Arbeitslosenversicherung gezahlt haben.

SoVD setzt sich gegen Zwangsverrentung ein

Außerdem setzt sich der Sozialverband Deutschland für ein ALG II Plus für Arbeitslose ein, die einen Anspruch auf ALG I erworben haben. Dieses kann einen drastischen Abfall in das



Foto: samuel / Adobe Stock

Langzeitarbeitslose über 58, die ein Jahr lang kein Jobangebot bekommen haben, tauchen nicht mehr in der Statistik auf.

Fürsorgesystem Hartz IV verhindern und diejenigen auffangen, die jahrelang Pflichtbeiträge gezahlt haben. Das ALG II Plus würde sich finanziell an dem zuvor bezogenen Arbeitslosengeld I orientieren.

Der SoVD kämpft weiterhin

gegen die Praxis der Zwangsverrentung beim ALG II für Menschen beim Eintritt in das 63. Lebensjahr. Für Betroffene geht diese Praxis mit Abschlägen in der gesetzlichen Rente einher und ist damit nicht selten ein Grund für Altersarmut. *str*

Pandemie erfordert weitreichende Maßnahmen für alle – Vorsicht und Rücksicht als soziale Aufgabe

Zusammenhalten gegen das neue Coronavirus

Leere Straßen und Regale, geschlossene Schulen, Kitas, Einrichtungen, Läden, Lokale und Betriebe, keine Veranstaltungen, Kontaktvermeidung, täglich bis stündlich neue Zahlen und Informationen: Das Coronavirus SARS-CoV-2 hat Europa und Deutschland erreicht. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte es am 11. März zur Pandemie. Viele Menschen sind verunsichert: Wie ernst ist die Bedrohung? Was ist Fakt? Welches Verhalten ist richtig? – Hier geht es auch darum, solidarisch zu sein.

Etlliche Maßnahmen sollen die Ausbreitung bremsen, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Auch der SoVD traf Vorsorge zum Schutz von Mitgliedern, Mitarbeitenden und Funktionsträger*innen. Der Bundesverband und viele Landesverbände sagten alle Veranstaltungen bis mindestens 30. April ab.

mittel, Toilettenpapier oder anderem Bedarf kauften sie auch Desinfektionsmittel und Atemschutzmasken auf – zu teils hohen Preisen. Dabei sind die Masken gar nicht für jede*n sinnvoll und fehlen nun teils in Kliniken oder für Schwerkranke.

Rücksicht und Solidarität

In diesem Zusammenhang ist aus SoVD-Sicht wichtig, trotz der Sorge um die eigene Gesundheit zusammenzuhalten und Rücksicht zu nehmen. Das betrifft nicht nur, aber vor allem besonders schützenswerte Personen: etwa Alte, Kranke, Kinder, Menschen mit Einschränkungen oder schwacher Immunabwehr. Eine Aufgabe ist jetzt, sozial und menschlich zu bleiben. Gerade auch bei einer Pandemie sind Ausgrenzung, Schuldzuweisung und Stigmatisierung, aber auch Egoismus zu vermeiden. Die großen Anforderungen, vor allem an das Gesundheitssystem, lassen sich nur gesamtgesellschaftlich und solidarisch bewältigen.

Alle können auch helfen, die Ausbreitung zu verlangsamen. Das gewinnt Zeit und schont Kapazitäten. Vorsorge für sich und andere ist nicht nur durch Kontaktverzicht, sondern vor allem durch Hygiene möglich.

Vorsorgemaßnahmen

Der wichtigste Schutz, auch gegen andere Viren wie Grippe, heißt: erstens Abstand halten, zweitens Hände waschen! Das sollte man oft, gründlich, mit viel Wasser und Seife tun – von allen Seiten, mindestens 20 bis 30 Sekunden, und zwar unter anderem:

- nach dem Naseputzen, Niesen oder Husten,
- wenn man von draußen kommt,
- vor und bei dem Essenmachen,

- vor dem Essen,
- nach dem Toilettengang,
- nach Kontakt mit Kranken,
- vor und nach Berühren infektiöser Flächen oder Wunden.

Ringe sollte man dabei ablegen, dann die Hände mit einem sauberen Tuch gut abtrocknen. Wichtig ist auch, sich nicht ins Gesicht zu fassen, vor allem unterwegs. Das verhindert, dass Keime von den Händen auf der Haut nahe den Atemwegen und Schleimhäuten landen.

Niesen oder husten sollte man in ein Taschentuch oder die Armbeuge, statt sich, wie es früher hieß, die Hand vorzuhalten. Auch regelmäßiges Lüften ist gut.

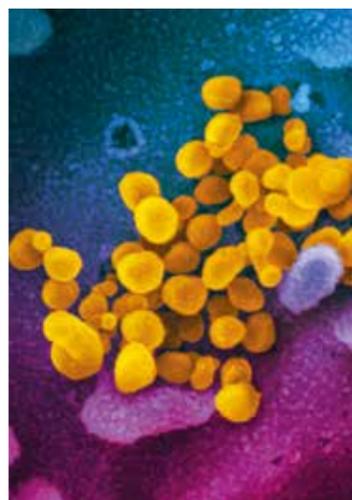


Foto: NIAID / wiki commons cc-by-2.0

Unter dem Elektronenmikroskop sieht SARS-CoV-2 (gelb eingefärbt) netter aus, als es ist.

Desinfektionsmittel eignet sich als zusätzliche Vorsorge; aber nur, wenn es richtig angewendet wird. Atemmasken hingegen schützen in der Regel nicht die, die sie tragen, sondern andere vor deren Keimen. Allerdings können für Immunschwache, etwa Krebspatient*innen in einer Chemotherapie, bestimmte Maskenarten hilfreich sein.

Verwirrung über Namen

Oft gehen Begriffe durcheinander. Das Virus, also der Erreger, der jetzt unterwegs ist, heißt korrekt SARS-CoV-2. Es löst die Krankheit COVID-19 aus, die vor allem die Atemwege betrifft.

In Medien und Öffentlichkeit ist meist der Einfachheit halber nur die Rede von „Corona“ oder „dem Coronavirus“. Doch Viren verschiedener Stämme mit der Bezeichnung „Corona“ sind schon lange im Umlauf. Sie unterscheiden sich im Krankheitsbild und darin, wie ansteckend sie sind. Zudem sind sie mit SARS und



Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

Deutsche Krankenhäuser haben nur begrenzt Plätze auf Intensivstationen. Auch sonst ist die medizinische Versorgung stark gefordert.

MERS verwandt: Auch die SARS-Pandemie 2002/2003, die entgegen Prognosen Deutschland nicht erreichte, stammte von einem Virus der Corona-Familie.

Informationen gut prüfen

Es handelt sich also einfach um einen neuen Typ eines bekannten Erregers. Das Besondere ist nicht nur, dass er sehr ansteckend ist, sondern auch, dass er eben neu ist: Unser Immunsystem kennt ihn noch nicht und die Gefahr ist schwer einschätzbar. Darum gibt es teils widersprüchliche Angaben und Annahmen.

Bei Unsicherheit empfiehlt es sich, sich nicht „irgendwo“ zu informieren, sondern etwa bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder beim Robert Koch-Institut. Das veröffentlicht auf www.rki.de immer aktuell Fakten, Zahlen, Maßnahmen und die Risikobewertung inklusive regionaler Unterschiede. Telefonisch informieren auch Corona-Hotlines (siehe Kasten).

Was tun bei Verdacht?

Die Infektion zeigt sich oft wie eine Grippe: mit trockenem Husten, Fieber, Halsweh, Schnupfen und Abgeschlagenheit. Möglich sind auch Atemprobleme, Kopf- und Gliederschmerzen, Übelkeit, Durchfall und Schüttelfrost. Vereinzelt gab es „atypische“ Verläufe.

Wer in einem Risikogebiet war oder Kontakt zu eventuell Infizierten hatte und binnen 14 Tagen Symptome entwickelt, sollte anrufen bei:

- der Nummer 116 117 oder einer Corona-Hotline,
- dem Gesundheitsamt,
- Ärztin oder Arzt oder
- lokalen Corona-Anlaufstellen.

Wer aber direkten Kontakt zu einer Person hatte, bei der SARS-CoV-2 sicher nachgewiesen ist, sollte auch ohne Symptome so handeln – und bis zu anderer Anweisung zu Hause bleiben. Es ist nicht rücksichtsvoll, in eine Praxis zu fahren und vielleicht andere anzustecken. *Eva Lebenheim*



Foto: zukunftssicherer / pixabay

Händewaschen ist ein wichtiger Schutz gegen etliche Viren.

Für Weiteres kann sich die SoVD-Zeitung nur auf den Stand bei Redaktionsschluss beziehen. Aktuelle Zahlen, Erkenntnisse und regionale Vorgaben sind den offiziellen Stellen, der Lokalpresse und auch www.sovd.de zu entnehmen.

Das Virus kann Symptome ähnlich einem grippalen Infekt erzeugen, ist sehr ansteckend, verläuft unterschiedlich – meist harmlos – und es gibt noch keine Impfung oder spezielle Medikation. Die Einschätzungen fallen sehr verschieden aus. Ständig kursieren neue Meldungen.

Bei vielen Menschen führt das dazu, dass sie in Sorge oder gar Panik geraten. Neben Lebens-



Foto: Marina Andrejchenko / Adobe Stock

Treffen meiden soll das Virus ausbremsen. Vor Einsamkeit und ihren gefährlichen Folgen kann derweil schützen, seine Lieben anzurufen.

Hier gibt es mehr Infos

- Internet: Robert Koch-Institut: www.rki.de, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: www.bzga.de und www.infektionsschutz.de, Bundesgesundheitsministerium: www.bundesgesundheitsministerium.de.
- ärztlicher Bereitschaftsdienst, Tel.: 116 117 bundesweit.
- Lokalmedien nennen Anlaufstellen und Maßnahmen vor Ort.
- Corona-Hotlines bundesweit: Behördennummer 115; Unabhängige Patientenberatung (UPD), Tel.: 0800/011 77 22; Bundesgesundheitsministerium, Tel.: 030/34 64 65 100, für Gehörlose Fax: 030/340 60 66 07, E-Mail: info.deaf@bmg.bund.de und Videotel.: <https://gebaerdentelefon.de/bmg/>.
- Corona-Hotlines der Bundesländer: Baden-Württemberg: 0711/904 39 555; Bayern: 09131/68 08 51 01; Berlin: 030/90 28 28 28; Brandenburg: 0331/86 83 777; Bremen: 0421/36 11 51 13, 0421/115; Hamburg: 040/42 82 84 000; Hessen: 0800/555 46 66; Mecklenburg-Vorpommern: 0385/588 58 88; Niedersachsen: 0511/450 55 55; Nordrhein-Westfalen: 0211/91 19 10 01; Rheinland-Pfalz: 0800/575 81 00; Saarland: 0681/501 44 22; Sachsen: 03421/758 55-55, -56; Sachsen-Anhalt: 0391/25 64 222; Schleswig-Holstein: 0431/79 70 00 01; Thüringen: 0361/573 81 50 99.
- Krankenkassen haben eigene Hotlines, bitte dort erfragen.

Frauenbeitrag

Frauen tragen Hauptlast bei Pflege in der Familie

In der häuslichen Pflege von Angehörigen übernehmen zu 64 Prozent Frauen diese Arbeit. Dabei wird die Belastung der pflegenden Angehörigen, die fast immer Frauen sind, größer. Viele haben Zukunftssorgen, wenn sie an die spätere Rente denken.

Schon heute gibt es etwa 10 Millionen Menschen, die einen Pflegefall in der Familie haben. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren erheblich steigen und weit über 27 Millionen Menschen betreffen.

Durch diese unbezahlte Arbeit ist es vielen Frauen, aber auch Männer können betroffen sein, nicht möglich, in Vollzeit zu arbeiten. Das wird sich später im Alter mit einer niedrigeren Rente bemerkbar machen, und sie werden somit von Altersarmut betroffen sein.

Für viele Frauen ist das eine Aufgabe, die einen Großteil des eigenen Lebens prägt. In einer Studie wurden 539 Frauen befragt, die bereits Familienangehörige pflegen oder in den nächsten Jahren damit rechnen. Die Hälfte der Frauen pflegt schon länger als drei Jahre. Fast 10 Prozent tut dies bereits länger als 10 Jahre. Die Hälfte der Frauen hat es mit einem schweren oder sogar mit einem sehr schweren Pflegefall zu tun.

Auch wenn die Pflegekassen je nach Einstufung des Pflegegrades finanzielle Unterstützung leisten, reicht dieser Betrag oft nicht aus, um alle Hilfsleistungen zu bezahlen.

Wir Frauen im SoVD fordern mehr Unterstützung, einen finanziellen Ausgleich für die geleistete Arbeit, eine Lohnersatzleistung, analog zum Elterngeld. Darüber hinaus sind die Rentenversicherungsansprüche für häusliche Pflege zu verbessern.

Allen Frauen und Männern, die in der häuslichen Pflege eingebunden sind, möchte ich herzlich Danke sagen für die Fürsorge, die Sie für Ihre Angehörigen leisten.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und Energie für Ihre schwere tägliche Arbeit bei der Pflege Ihrer Lieben.



Brigitte Marx
Landesfrauensprecherin
Baden-Württemberg

Empfang im Bellevue

Der Deutsche Frauenrat war am 6. März zum Empfang des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue eingeladen. Für den SoVD nahmen Bundesfrauensprecherin Jutta König und Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke teil. Jutta König betonte anlässlich des bevorstehenden Internationalen Frauentages: „Wir kämpfen nicht für Sonderrechte für Frauen, sondern um das Menschenrecht der Gleichberechtigung unter den Geschlechtern.“



V.li.: Mona Küppers, Vorsitzende Dt. Frauenrat, und Jutta König.

SoVD-Bundesfrauensprecherin bei zentraler Veranstaltung zum Equal Care Day

Mangelnde Wertschätzung

Jutta König, Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied im SoVD, nahm am 29. Februar in Bonn an der zentralen Veranstaltung zum Equal Care Day teil. Im Zentrum stand eine zweitägige Konferenz, bei der die Care-Situation in Deutschland diskutiert wurde, um Forderungen und Lösungsansätze für ein Manifest zu erarbeiten.

Anlässlich des Aktionstages sagte Jutta König: „Frauen verrichten weltweit etwa viermal mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Wir Frauen im SoVD finden das ungerecht und wollen eine gleichere Verteilung zwischen den Geschlechtern. Die Kombination aus Voll- oder Teilzeitarbeit und Care Arbeit führt bei vielen Frauen zu Überbelastung. Es entsteht ein dauerhaft erhöhter seelischer Druck, die Last der Verantwortung, also die Koordinationsleistung, Wissen und Überblick, was gerade ansteht und getan werden muss, damit das Paar- und Familienleben funktioniert. Diese Prozesse mitzudenken, liegt oftmals in der Verantwortung von Frauen und sind Teil der Care-Arbeit.“

Der „Equal Care Day“ macht am 29. Februar auf die mangelnde Wertschätzung von Fürsorgearbeit aufmerksam. Er erinnert an den geringen Stellenwert, den Care-Arbeit insgesamt, die Bildung und Erziehung von Kindern, das Pflegen von Kranken, Alten, Menschen



Bundesfrauensprecherin Jutta König war für den SoVD in Bonn.

mit Behinderung in unserer Gesellschaft hat. Wer pflegt, versorgt, kocht, putzt, räumt auf, wäscht und kümmert sich – und zu welchem Preis?

Jede*r zehnte Beschäftigte arbeitet mittlerweile in einem Gesundheits- oder Pflegeberuf, wobei der Frauenanteil in diesem Bereich deutlich größer ist, als bei der Gesamtbe-

schäftigung. Tatsächlich wird 80 Prozent der Care-Arbeit in Deutschland von Frauen geleistet – im professionellen, ehrenamtlichen und privaten Bereich. Streng genommen gibt es den Equal Care Day also nur in den Schaltjahren, da Frauen bereits in einem Jahr so viel Care-Arbeit erbringen wie Männer in vier Jahren.

Equal Pay Day gegen ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen

Gesetzliche Änderungen nötig

Der Equal Pay Day, der Internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit, fand in diesem Jahr am 17. März statt. Das Datum wurde nicht zufällig gewählt. Der Termin des Aktionstages markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen.

In diesem Jahr arbeiten Frauen bis zum 17. März 77 Tage umsonst. Deutschland liegt mit einer Lohnlücke von 20 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 16 Prozent in der Europäischen Union. Das Motto in diesem Jahr lautet: „Auf Augenhöhe verhandeln – Wir sind bereit.“

Auch wenn aufgrund der Coronakrise in diesem Jahr keine Demonstrationen und andere Aktionen in der Öffentlichkeit stattfinden konnten, wird sich der SoVD dafür einsetzen, dass das Thema Entgeltgerechtigkeit präsent bleibt. Und er hat sich auch bisher dafür stark gemacht. Dazu gehört auch, das 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz zu verbessern.

Nach dem Gesetz müssen Arbeitgebende mit mehr als 200 Beschäftigten seit Januar 2018 ihren Mitarbeiter*innen auf Anfrage erläutern, nach welchen Kriterien sie wie bezahlt wer-



Die roten SoVD-Taschen zum Equal Pay Day symbolisieren die rote Zahl in den Geldbörsen der Frauen.

den. Das Recht wurde jedoch kaum in Anspruch genommen.

Der SoVD fordert, dass der Auskunftsanspruch für alle Beschäftigten gelten muss, unabhängig von der Größe des

Betriebs. Denn zwei Drittel der Frauen arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen und sind vom Gesetz bisher ausgeschlossen.

Auch mit den Prüfverfahren und Berichtspflichten ist der SoVD unzufrieden. Statt der unverbindlichen Aufforderung müssen die Unternehmen künftig verpflichtet werden, ihre Entgeltstrukturen zu überprüfen und darüber zu berichten.

Weiterhin setzt sich der SoVD dafür ein, den Beschäftigten mit einer Verbandsklage den Rücken zu stärken, damit sie im Falle der Entgeltdiskriminierung nicht alleine dastehen.

Die Forderung des SoVD nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit trägt zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei. Das Entgelttransparenzgesetz muss weiterentwickelt werden, getreu unserem Motto „Gleichberechtigung – nicht gleich, sondern sofort!“ sr



Die Rednerinnen (v.li.): Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer (SoVD), Mechthild Rawert (SoVD), Dr. Claudia Vogel (Dt. Zentrum für Altersfragen), Regine Steinhauer (berufundfamilie GmbH), Dilek Kalayci (Senatorin für Gesundheit, Pflege u. Gleichstellung), Kerstin Wecker (Berliner Pflegestützpunkte) und Angelika Pfab (ARGE PSP der Ersatzkassen).

Veranstaltung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg zum Equal Care Day 2020

Schluss mit „unsichtbarer“ Fürsorgearbeit!

Am 29. Februar fand in der SoVD-Geschäftsstelle der zweite Equal Care Day statt. Ausrichter war der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Referatsleiter der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband, Fabian Müller-Zetzsche. Das überwiegend weibliche Publikum erhielt neben faktenreichen Vorträgen auch den Raum, sich selbst einzubringen.

Die SoVD-Landesvorsitzende und Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer eröffnete den Equal Care Day 2020 mit der Bemerkung, dass Frauen vier Jahre länger pflegen und deshalb der Vier-Jahres-Turnus der Veranstaltung am Schalttag durchaus passend sei. Als Ziel in der Pflege (=Care-)arbeit forderte sie deren gebührende Anerkennung und die stärkere partnerschaftliche Aufteilung. **P f l e g e n d e** seien immer noch vor allem Frauen, die mit ihrer Arbeit ein Bruttosozialprodukt von 44 Millionen Euro erwirtschafteten, aber dafür nicht bezahlt und in der Altersarmut landen würden. Sie wies auf das SoVD-Gutachten zum Thema hin.

SoVD-Landesfrauensprecherin Mechthild Rawert hob den Equal Care Day als Gelegenheit hervor, unsichtbare Arbeit und Menschen endlich sichtbar zu machen. Die bereits erreichte Gleichberechtigung im Berufsleben sei den Frauen nicht geschenkt worden, sie hätten sie sich erkämpfen müssen. Ebenso müssten sie sich die Gleichstellung im Alltag erkämpfen.

Dr. Claudia Vogel, Leiterin des Deutschen Alterssurvey am Deutschen Zentrum für Altersfragen, zeigte anhand von Grafiken,

dass das Ausmaß der Pflege größer sei als früher, unter anderem, weil es mehr Menschen gäbe, die länger leben und pflegebedürftig werden. Frauen, die oft weniger verdienen und mehr in Teilzeit arbeiteten als Männer, steckten beruflich eher zurück und übernahmen Pflegearbeiten, die sich über die Jahre zur Vollzeitpflegearbeit entwickeln.

Regine Steinhauer, Auditorin der berufundfamilie GmbH, berichtete aus ihrer Praxis bei der Beratung von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Beide Parteien vernachlässigten oft die Brisanz des Themas – ein hoher Anteil von Älteren in der Belegschaft bedeute hohe Pflegeverantwortung gegenüber Angehörigen und wirke sich wirtschaftlich zum Beispiel durch Fehlzeiten und Leistungsabfall aus. Auch die Arbeitnehmer*innen beschäftigten sich zu selten mit der Frage, wie sie beim Eintreten eines Pflegefalls vorgehen könnten und würden oft die bereits bestehenden Hilfsangebote nicht kennen.

Von genau diesen konnten Angelika Pfab, Berliner Geschäftsführerin der Arge Pflegestützpunkte (PSP) der Ersatz-

kassen GbR, und Kerstin Wecker, Mitglied des Sprecherrats der Berliner Pflegestützpunkte berichten. Sie zählten konkrete Hilfen auf, die es im Pflegebereich gibt. Vorbildlich sei Berlin mit seinen 36 Pflegestützpunkten, die kostenfrei, trägerneutral und wohnortnah beraten und von 36.000 Hilfesuchenden im Jahr in Anspruch genommen würden.

Die Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Dilek Kalayci, betonte, dass auch der Staat bei dem Thema Pflegearbeit gefragt sei – von alleine würde sich das nicht regeln. Sie erläuterte die Berliner Pflegestrategie und bekräftigte die schon im Verlauf der vorherigen Diskussion aufgestellte Forderung nach einer echten Lohnfortzahlung bei Eintreten eines Pflegefalls. Sie verkündete unter Beifall, dass der Berliner Senat das Familienpflegegeld als Initiative in den Bundesrat eingegeben habe. Auf lange Sicht sei die Einführung einer Familienarbeitszeit sinnvoll, damit Pflegearbeit nicht in Altersarmut führe.

Abschließend gab es eine Podiumsdiskussion, moderiert von Fabian Müller-Zetzsche, Referatsleiter der Abteilung Sozial-



alle Fotos: Franziska Dietrich

Moderator Fabian Müller-Zetzsche mit den Expertinnen der Veranstaltung zum Equal Care Day 2020.

politik SoVD-Bundesverband. Er merkte an, dass ein ausschließlich mit Frauen besetztes Podium ein seltener Anblick sei. Es diskutierten Ursula Engelen-Kefer, Mechthild Rawert, Dilek Kalayci und Dr. Christine Kurmeyer, Vorsitzende des Landesfrauenrates Berlin und zentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Charité. Das Publikum wurde eingeladen, auf dem Podium oder im Zuhörerraum mitzudiskutieren.

Die Wortmeldungen der Zuhörer*innen bestätigten, dass Pflegen teuer ist und arm macht. Aber es gab neben der Feststellung von Missständen auch Anregungen und konkrete Vorstellungen, wie sich die Situation Pflegenden verbessern

ließe: ein Elternzimmer am Arbeitsplatz sowie Elterntagesstätten mit Rechtsanspruch; Finanzierung der Pflege über Steuern und nicht über Beiträge; Pflegeversicherung als Vollversicherung, nach oben gedeckelt; mehr Sichtbarkeit der Pflegenden und ihrer Leistung. Viele dieser Forderungen decken sich mit denen, die der SoVD vertritt. *Brigitte Grahl*



Das SoVD-Gutachten „Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege“ findet sich zum Download und zum Lesen im Internet unter: <https://www.sovd.de/publikationen/broschueren-und-ratgeber>.



Viele interessierte Frauen, aber auch einige Männer fanden sich ein, um sich darüber zu informieren, wie Pflegearbeit gerechter aufgeteilt, anerkannt und unterstützt werden kann.



Dr. Christine Kurmeyer (2. v. li., Vorsitzende des Landesfrauenrats, Frauen- u. Gleichstellungsbeauftragte der Charité) diskutierte mit

Krankenkasse will Rolli nicht bezahlen

Der an einem seltenen Gendefekt erkrankte vierjährige Nick Klein soll einen Elektro-Rolli bekommen, damit er selbstständiger wird und mit gleichaltrigen Kindern spielen kann. Die Kostenübernahme für dieses wichtige Hilfsmittel lehnt die Krankenkasse Barmer ab und begründet dies mit dem Alter und dem Gesundheitszustand des Jungen. Im Interesse ihres Sohnes kämpfen die Eltern um die Bewilligung des Rollstuhls. Dabei unterstützt sie der SoVD.

Nick Klein ist an einer spinalen Muskelatrophie (SMA) des Typs I erkrankt. Seine Muskeln entwickeln sich nicht richtig. Das Laufen wird er deshalb nicht lernen können und auch sonst ist Nick in seiner Mobilität stark eingeschränkt. Doch der deutlich lebensverkürzende Verlauf der Krankheit konnte durch eine neuartige Gentherapie gestoppt werden. „Nick hatte Glück im Unglück. Wir sind sehr dankbar, dass er die Möglichkeit erhalten hat, diese Therapie mitzumachen, und dass er deshalb heute bei uns sein kann“, sagt Nicks Vater Sebastian Klein. Die Eltern freuen sich, dass ihr Sohn trotz der körperlichen Einschränkungen ein lebensfroher Mensch ist, der neugierig die Welt entdecken möchte. „Nick will mit anderen Kindern nach seinen Möglichkeiten mithalten. In diesem Punkt unterscheidet er sich nicht von anderen Kindern in seinem Alter“, so Klein. Aus diesem Grund fördern die Eltern die Neugier des Vierjährigen und wollen ihn dabei unterstützen, so selbstständig wie möglich zu spielen.

Doch das geht nicht ohne

Hilfsmittel, wissen die Eltern. Nick hat bereits einen Aktivrollstuhl für den häuslichen Gebrauch. Den kann er aber nur unter großen Anstrengungen bewegen. „Wenn es eine Anhöhe rauf geht, wird es für Nick schnell schwierig, diesen zu bewegen. Bei abschüssigem Gelände kann es aufgrund der Muskelschwäche sogar schnell gefährlich werden für Nick“, sagt sein Vater. Zudem ist das selbstständige Spielen mit den Nachbarskindern nicht möglich, da die Familie an einer Straße wohnt, die eine Steigung hat. Entsprechend oft muss Nick zu Hause bleiben, während andere Kinder herumtollen. „Es macht uns traurig, wenn Nick alleine vor dem Fenster sitzt und den Gleichaltrigen beim Toben zusehen muss, obwohl er lieber draußen wäre und mitspielen würde“, so Sebastian Klein.

Um seinem Sohn mehr Mobilität zu ermöglichen, hat Sebastian Klein für Nick einen Elektro-Rollstuhl bei der Krankenkasse beantragt. Dass der Vierjährige den Rollstuhl selbst fahren kann, daran zweifelt Klein nicht. „Wir haben das ausprobiert. Ein Bekannter hat



Foto: Sebastian Klein

Nick Klein ist ein lebensfroher Vierjähriger, der gerne mit seinen Freunden spielen würde. Dazu braucht er aber einen E-Rolli.

den Rollstuhl seines Sohnes zur Verfügung gestellt. Nick ist damit gut klargekommen“, berichtet Klein. Zum Beweis hat er ein Video aufgenommen, das seinen Sohn während der Fahrt mit dem E-Rollstuhl zeigt. Hier ist zu sehen, wie der damals Zweieinhalbjährige souverän um enge Kurven steuert und den Umgang mit dem Gefährt ohne Probleme meistert. „Wir haben keine Zweifel, dass Nick mit seinen bald fünf Jahren alt genug ist, um einen Rollstuhl zu fahren“, betont Klein. „Mit dem Rollstuhl wäre Nick selbstständiger. Für seine Entwicklung

wäre das ein großer Schritt nach vorne“, findet der Vater.

Das sieht die Krankenkasse der Kleins jedoch anders. Sie hat den Antrag für die Kostenübernahme des Rollstuhls abgelehnt. Begründet wird dies mit dem Alter des Jungen und dessen Erkrankung. Nick sei nicht selbstständig genug, um das Fahrzeug sicher zu führen, heißt es vonseiten der Krankenkasse. „Seit fast zwei Jahren kämpfen wir schon darum, dass unser Antrag bewilligt wird“, ärgert sich Klein. Kritisch sieht er, dass die Krankenkasse sich bislang nur auf die Einschätzung

des Medizinischen Dienstes verlassen hat. Dieser hat lediglich nach Aktenlage geurteilt. „Wenn sich ein Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes einmal persönlich ansieht, wie gut Nick sich entwickelt, und seine Fähigkeiten nicht nur aus der Ferne beurteilt würden, hätte man sicher anders entschieden“, ist sich Klein sicher.

Nachdem der Antrag sowie der Widerspruch gegen den ablehnenden Bescheid der Krankenkasse erfolglos geblieben waren, wendete sich Klein an den SoVD. „Wir wollen im Interesse unseres Sohnes alles versuchen, damit er diesen Rollstuhl bekommt“, so Klein. „Es läuft ein Verfahren vor dem Sozialgericht“, sagt Rechtsanwalt Frank Rethmeier, der beim SoVD-Landesverband Niedersachsen als Leiter des Sachgebietes Sozialrecht arbeitet. Verstehen kann Rethmeier die ablehnende Haltung der Krankenkasse nicht. Auch er kritisiert das Vorgehen der Krankenkasse, eine solche Entscheidung nach Aktenlage zu treffen. „Es gab keinen ambulanten Termin, bei dem Nick Kleins Fähigkeiten objektiv beurteilt worden sind“, so der Jurist.

Familie Klein hofft nun, dass es mit der Unterstützung des Sozialverband Deutschland eine schnelle und positive Lösung gibt und Nick bald eigenständiger mit anderen Kindern spielen kann. *hs*

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!



Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de

SOVD

Kritik an ungerechter Verteilung von Vermögen und Einkommen – großer Zuspruch für SoVD-Konzepte

Deutsche beklagen Ungleichheit im Land

Nach Einschätzung der Mehrheit der Menschen geht es in Deutschland nicht gerecht zu. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage mit mehr als 5.000 Teilnehmenden. Nicht einmal ein Viertel hält Einkommen und Vermögen für fair verteilt. Viele wünschen sich mehr Umverteilung und einen höheren Mindestlohn.

„Soziale Gerechtigkeit“ ist eines der prägenden Schlagworte in der Politik. Doch wer die Menschen im Land fragt, wie sie die Verteilungsgerechtigkeit empfinden, erntet ernüchternde Antworten, aus denen sich ein dringender politischer Handlungsauftrag ableiten lässt.

Auf die Frage, ob sie die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland für gerecht halten, antworteten etwa drei Viertel der Befragten mit „Nein, auf keinen Fall“ oder „Eher nein“. Nicht einmal jede*r Fünfte hält die Verteilung dagegen für fair. Die Umfrage gab das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in Auftrag.

Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt

Das Gespür der Menschen trägt sie dabei nicht. Im Vergleich mit anderen Staaten der EU oder der OECD herrscht in Deutschland eine hohe Konzentration des Vermögens in wenigen Händen. Die 45

reichsten Haushalte verfügen über so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Bei der Einkommensverteilung sieht es etwas besser aus. Hier ist die Spreizung im Vergleich unterdurchschnittlich. Doch dass die Wahrnehmung der Menschen eine andere ist, zeigt deutlichen Handlungsbedarf.

SoVD für Belastung größerer Vermögen

Unterschiede tun sich dabei zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen auf. Während nur elf Prozent der Arbeitnehmer*innen die Verteilung als gerecht empfinden, betrachtet immerhin fast jede*r dritte leitende Angestellte die Verteilung als fair.

Menschen, die in Großstädten leben, gaben bei der Befragung außerdem deutlich häufiger an, in ihrem Umfeld auf Ungleichheit zu treffen, als Bewohner*innen dünner besiedelter Regionen.

Die Umfrage ist ein weiteres Zeichen für die Spaltung der Gesellschaft in oben und unten. Um dem entgegenzuwirken, hat der SoVD Konzepte und Vorschläge erarbeitet. Dazu gehören unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Steuer auf große Erbschaften. Dies würde dazu beitragen, die Vermögensverteilung gerechter zu gestalten.

Außerdem setzt sich der Verband für einen höheren Mindestlohn ein. Dieser könnte die Ungleichheit bei den Einkommen reduzieren.

Große Mehrheit für stärkere Umverteilung

Dies sind Konzepte, die auch große Teile der Bevölkerung für sinnvoll erachten. In einer weiteren Umfrage fragte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, welche politischen Rezepte die Menschen befürworten, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Die drei Maßnahmen mit der meisten



Foto: Dieter Hawlan / Adobe Stock

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung hat genauso viel Vermögen wie die reichsten 45 Haushalte. Das finden viele ungerecht.

Zustimmung sind eine Erhöhung des Mindestlohns, mehr Investitionen in Bildung und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Fast drei Viertel der Befragten sprachen sich darüber hinaus dafür aus, den Steuersatz für Spitzenverdienende zu erhöhen und gleichzeitig für mittlere und geringe Einkommen zu senken. Kurios: Sogar unter FDP-Wähler*innen gibt es eine Mehrheit für diese Position.

Quer durch die politische Landschaft ist die wachsende

gesellschaftliche Spaltung als ein Problem erkannt worden. Jetzt gilt es, darauf aufbauend Konzepte zu entwickeln, die den Menschen wirklich helfen und die ökonomische Polarisierung zu reduzieren.

Der SoVD kämpft für einen solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die Schwachen schützt. Ein unabdingbarer Faktor dafür ist mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Sebastian Triesch

Gut informiert. Gut beraten. Immer und überall.

Fotos: contrastwerkstatt; Andrey Popov / Adobe Stock; Montage: SoVD

Rund 600.000 Menschen sind Mitglied im Sozialverband Deutschland, SoVD. Ihnen steht ein flächendeckendes Netz von Zentren und Büros zur Verfügung, in denen sie sich in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten beraten lassen können. Monatlich informiert zudem die Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ über die Verbandsarbeit und aktuelle sozialpolitische Themen.

Über die Internetseite www.sovd.de, das Online-Magazin und die SoVD-Magazin-App sind Informationen rund um die Uhr auch digital verfügbar. Die App gibt es kostenlos im App Store für IOS oder im Google Play Store für Android.

Mit SoVD-TV stellt der Verband darüber hinaus eigene Filmbeiträge auf Youtube bereit und ist selbstverständlich auch in den sozialen Medien (Facebook, Twitter) vertreten.

Das große Osterpuzzle in der SoVD-Zeitung

Im April ist Ostern! Passend zu den Feiertagen wartet wieder Rätel Spaß: Weil es so beliebt war, gibt es auch dieses Jahr ein Osterpuzzle. Es geht darum, die unten abgebildeten Teile richtig zu ordnen, sodass sich ein zusammenhängendes Bild ergibt. Darauf findest du einzelne Buchstaben, die auf dem Bild von links oben nach rechts unten gelesen das Lösungswort ergeben.

Um es dir einfacher zu machen, kannst du die Teile erst vorsichtig mit einer Schere entlang der Ränder ausschneiden. Dann ordnest du sie richtig an und setzt sie zu einem Bild wieder zusammen.

Das Ergebnis klebst du am besten auf ein Blatt Papier.

Mit der richtigen Lösung gibt es auch diesmal tolle Preise zu gewinnen. Entweder schickst du uns deine Bastelarbeit oder nur das Lösungswort. Du er-

reichst uns per E-Mail (Betreff: „Osterpuzzle“) an: redaktion@sovd.de oder per Post an SoVD, Redaktion / „Osterpuzzle“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.

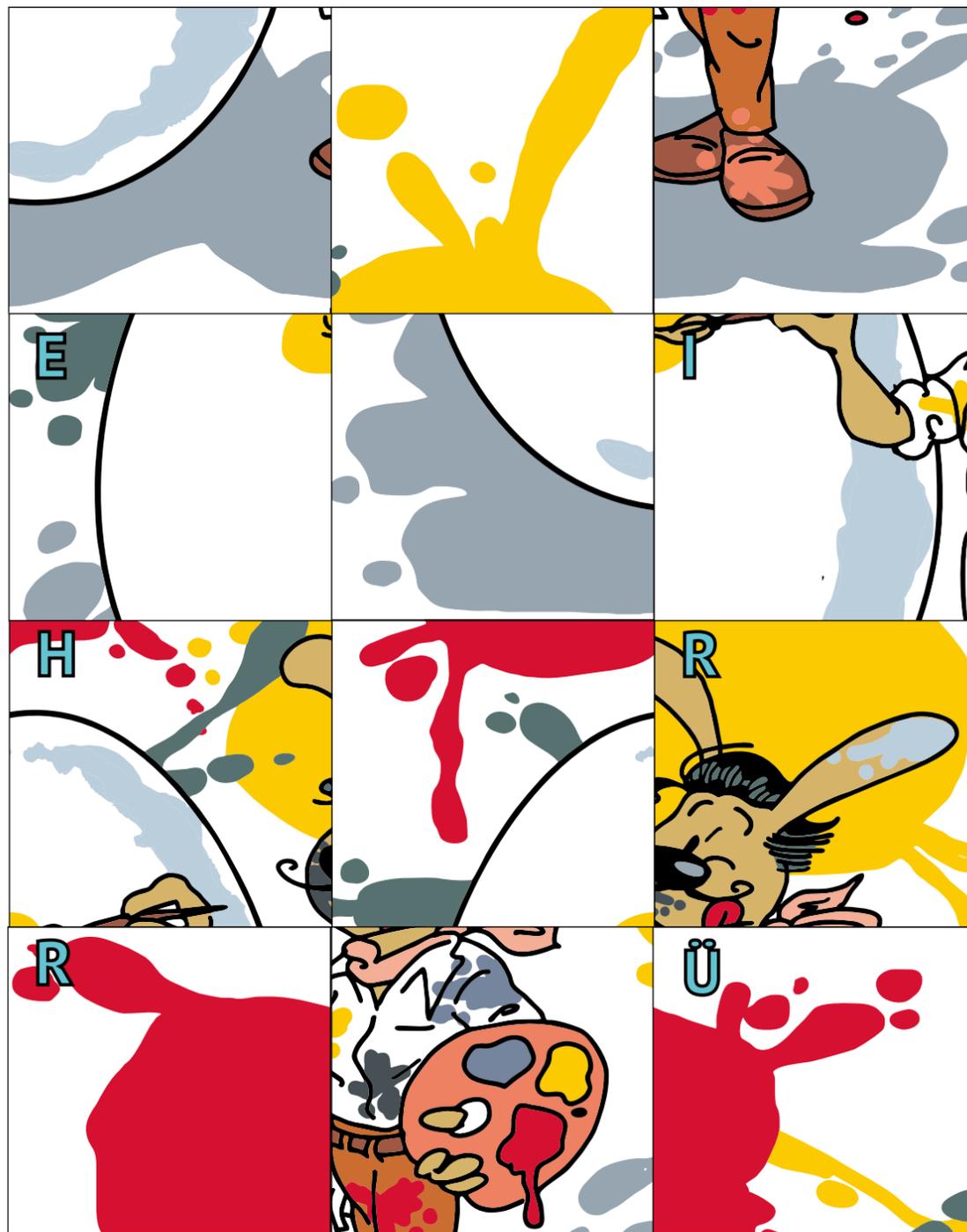


So was tun Erwachsene nie!

Erwachsene sind einfach perfekt. Sie streiten sich nie, sind nie neidisch, mogeln nicht und achten stets darauf, die Umwelt sauber zu halten. Stimmt's? Natürlich nicht! Das wahre Treiben dieser sogenannten „Vernünftigen“ wird schonungslos aufgedeckt – von gewitzten Kinderdetektiven, denen man nicht so leicht was vormachen kann. Entsprechend eindringlich ist die Warnung am Ende, bloß nicht so zu werden wie die Alten.

Davide Cali hält Erwachsenen unterhaltsam den Spiegel vor. Der Witz liegt in den herrlichen, den Text konterkariierenden Zeichnungen von Benjamin Chaud.

Davide Cali, Benjamin Chaud, Ebi Naumann: *So was tun Erwachsene nie!* Thienemann Verlag, 40 Seiten, ab 4 Jahre, ISBN: 978-3-522-45924-2, 12 Euro.



Der Junge aus der letzten Reihe

In der letzten Reihe unseres Klassenzimmers gab es immer einen leeren Platz. Jetzt sitzt dort Ahmet. Er hat graue Augen, ist neun Jahre alt und verhält sich ein bisschen komisch. Aber inzwischen wissen wir, warum: Ahmet kommt aus einem Land, in dem Krieg herrscht und aus dem er fliehen musste. Ganz ohne seine Eltern! Seit ich weiß, dass er „Tim und Struppi“ genauso sehr mag wie ich, will ich seine beste Freundin sein. Deshalb müssen wir ihm unbedingt dabei helfen, seine Eltern wiederzufinden! Die Einzige, die uns dabei unterstützen kann, ist die Queen. Aber wie kommen wir nur in den Buckingham-Palast?

Onjali Rauf: *Der Junge aus der letzten Reihe.* Atrium Verlag, 288 Seiten, ISBN: 978-3-85535-630-0, 15 Euro.



Ich mag dich – einfach so!

Der kleine Elefant hat schlechte Laune und tritt nach einem Stein. Aus Versehen trifft der Stein den Flamingo – und schon beginnt ein Schimpfen und Ärgern, das sich immer weiter ausbreitet. Am Fluss, im Gebüsch, in der Savanne: einfach so! Bis ein

kleines Erdmännchen genug davon hat und den fauchenden Leoparden umarmt. Dessen Herz wird ganz leicht, und nach und nach merken alle Tiere, wie schön es ist, wenn man nett zueinander ist. Einfach so!

Ein poetisches Bilderbuch, das Streit und Wut ganz einfach verschwinden lässt.

Marta Balmaseda: *Ich mag dich*

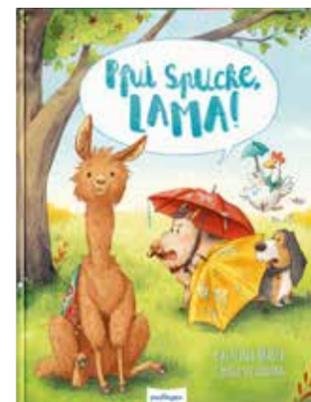
– einfach so! Arena Verlag, 32 Seiten, ab 3 Jahre, ISBN: 978-3-401-71298-7, 14 Euro.

Pfui Spucke, Lama!

Fluffig, flauschig und einfach liebenswert – das ist das Lama! Die anderen Tiere sind sich trotzdem einig: Wer beim Reden spuckt, darf nicht mitmachen. Nicht beim Luftballon-

Aufpusten und schon gar nicht bei der großen Kirmes in der kleinen Stadt. Doch dann taucht ein gemeiner Dieb auf dem Kirmesplatz auf. Hui Spucke! Ob das Lama endlich allen zeigen kann, was in ihm steckt?

Eine liebevolle Geschichte über Vorurteile und eine ganz besondere Freundschaft für Lama-Fans ab drei Jahren.



Katalina Brause, Carola Sieverding: *Pfui Spucke, Lama!* Esslinger, 32 Seiten, ab 3 Jahre, ISBN: 978-3-480-23502-5, 13 Euro.

Grafik: Matthias Herrndorff

Variante: LEICHT

8			3	5		4	2
4		3	9		○		8
				7	3	1	
5				○	6	9	
6				2			3
	1	9					5
	5	6	2				
	2	○			6	7	1
9	8		1	3			4

Auflösung des Vormonats

6	5	3	1	9	4	7	8	2
2	1	7	3	8	5	9	4	6
8	4	9	7	6	2	1	3	5
4	8	1	6	7	9	5	2	3
3	9	6	5	2	8	4	1	7
5	7	2	4	3	1	6	9	8
7	3	4	8	1	6	2	5	9
9	6	5	2	4	3	8	7	1
1	2	8	9	5	7	3	6	4

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

			5	8				
5				4	3		1	8
			6			9	○	
1	3					7		6
		2		3		4		
8		6	○				3	5
		7			8			
6	8		9	5				4
	○		1	7				

Auflösung des Vormonats

2	7	6	8	3	9	4	5	1
1	3	9	5	7	4	8	6	2
4	8	5	1	6	2	7	9	3
6	2	4	3	5	8	9	1	7
8	1	3	9	2	7	5	4	6
9	5	7	6	4	1	2	3	8
7	6	8	4	9	3	1	2	5
3	9	2	7	1	5	6	8	4
5	4	1	2	8	6	3	7	9

Notieren Sie die eingekreisten Zahlen und schicken Sie diese an sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss: 15. April.



Alle im Bild: 32 gut gelaunte SoVD-Frauen aus dem Kreisverband Helmstedt.

Kreisverband Helmstedt besichtigte die SoVD-Geschäftsstelle in Berlin

Damenbesuch beim SoVD

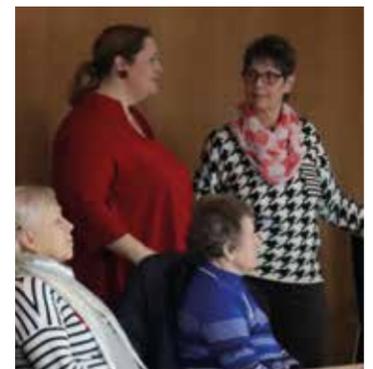
32 Frauen aus dem Kreisverband Helmstedt schauten sich am 9. März die Bundesgeschäftsstelle in Berlin an. Die Idee dazu hatte Kreisfrauensprecherin Marion Schrader anlässlich des Internationalen Frauentages und des Equal Pay Day im März.

Geführt wurde die Frauengruppe von der 1. Vorsitzenden Regine Schreiber. Seit 2002 leitet sie den Kreisverband Helmstedt mit 4.098 Mitgliedern in 16 Ortsverbänden. „Nebenbei“ ist sie auch Vorsitzende des Ortsverbandes Velpke und dessen Schriftführerin. Von 1995

bis 2006 war sie im Landesvorstand Niedersachsen und im Bundesvorstand tätig. Daher war sie auch schon öfter in Berlin und der Bundesgeschäftsstelle. Für viele Mitglieder ihrer Reisegruppe war es jedoch der erste Besuch.

Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke begrüßte die Gäste, bevor der stellvertretende Leiter der Personalabteilung, Jochen Gärtner, ihnen Wissenswertes über Geschichte und Struktur des Bundesverbandes und die Geschäftsstelle erzählte.

Nach der Mittagspause ging es weiter mit einem Vortrag von Dr. Simone Real, stellvertre-



Fotos: Denny Brückner

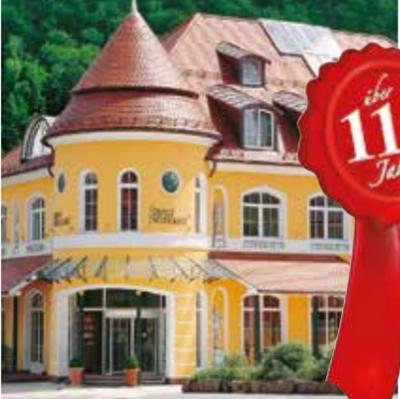
V. li., stehend: Stephanie Rinke und Regina Schreiber.

de Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, bevor man den Tag mit einer Stadtrundfahrt beschloss.

Info

Für die SoVD-Hausführung ist eine Anmeldung nötig unter Tel.: 030/72 62 22 104 oder E-Mail an: mario.wessolowski@sovd.de.

Anzeigen



Kräuterhaus Sanct Bernhard
www.kraeuterhaus.de

Bestell-Telefon: 073 34/96 54 0



Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus
Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

2 zum Preis von 1

Hyaluronsäure 300mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält 300mg reine Hyaluronsäure und 40mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Aktion im April 2020!

Best.-Nr. 843 120 Kapseln €24,50
Im April: Pro bestellter Packung – eine GRATIS dazu!

Erotisan-Manneskraft

Erotisan-Manneskraft unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz (Muiru puama), Damianablättern und Sabalfrüchten sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende, die Libido fördernde Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 142 1-Liter-Flasche €17,50
Best.-Nr. 1042 3er-Packung €48,00

Grünlippmuschel TOP

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Jetzt mit MEHR INHALT zum gleichen Preis!

Best.-Nr. 805 170 Kapseln €12,50
Best.-Nr. 1850 340 Kapseln €23,00

Curcuma-Kapseln

Curcuma regt die Magensaftproduktion an und unterstützt die Funktionen von Leber und Galle, was der Verdauung zum Beispiel nach fettreicher Kost zugute kommt. Ergänzt mit einem Extrakt aus schwarzem Pfeffer und Cholin.

Best.-Nr. 1836 60 Kapseln für 30 Tage €13,00
ab 3 Packungen nur €11,80

Magnesium-400-supra TOP

Verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400mg reines Magnesium.

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate €8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Mon. €17,50

Grünlippmuschel TOP

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Jetzt mit MEHR INHALT zum gleichen Preis!

Best.-Nr. 805 170 Kapseln €12,50
Best.-Nr. 1850 340 Kapseln €23,00

Vitamin B12 Supra-200µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200µg Vitamin B12. **Sonderangebot im April 2020!**

Best.-Nr. 118 240 Tabletten für 4 Mon. €6,50 5,-
ab 3 Packungen nur €5,95 4,50

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate €13,50
ab 3 Packungen nur €12,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32
auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei***

Magnesium 400 supra Kapseln, 60 Stück

Für lockere, entspannte Muskeln und Waden!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probetset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96076	Magnesium 400 supra Kapseln	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Alle Informationen zu unseren Produkten finden Sie unter www.kraeuterhaus.de. Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz sovd200432

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzgenbach
Tel.: 073 34/96 54 0
Fax: 073 34/96 54 44
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Tennislegende André Agassi wird 50

Von Steffi gezähmt

Der „Bad Boy“ des Tennis fiel früher nicht nur durch Spitzenleistungen im Tennis auf, sondern auch durch sein rebellisches Verhalten auf dem Spielfeld und im Privatleben – bis er Steffi Graf heiratete.

Acht Grand-Slam-Siege, dreimal Davis Cup, einmal olympisches Gold – das sind nur einige Rekorde aus André Agassis Tenniskarriere. Von 1986 bis 2006 gehört er zu den weltbesten Tennisspielern, trotz mehrerer Karriereknicks. Er fällt auf dem Tennisplatz nicht nur wegen seiner Leistung auf, sondern fast noch mehr durch seine Attitüde: „Vokuhila“-Frisur, Stirnbänder, bunte Kleidung, Wutausbrüche und Skandale. Vielleicht lässt er damit seinen Unmut darüber aus, dass er von seinem Vater schon als Kind für eine Karriere als Tennisspieler getrimmt wurde. Agassi äußert mehrmals, dass er Tennis eigentlich hasst.

Mit Barbra Streisand hat er eine Liason, mit Hollywood-Schauspielerin Brooke Shields führt er eine kurze, turbulente Ehe, bevor der Bad Boy des Tennis 2001 zum Erstaunen aller die brave Tennis-

legende Steffi Graf heiratet und seitdem ein skandalfreies Leben führt. Gemeinsam leben sie mit ihren zwei Kindern in Agassis Geburtsstadt Las Vegas, wo er als Geschäftsmann arbeitet. Dort hat er auch eine Stiftung für benachteiligte Kinder und eine Sportschule gegründet. Ab und zu tritt er bei Schauturnieren auf, zur Zeit coacht er wieder einen Tennisspieler.

Am 29. April wird André Agassi 50 Jahre alt. Körperlich fühlt er sich um einiges älter, denn der Hochleistungssport hat seinem Körper zugesetzt. Zudem plagt ihn seit seiner Geburt eine Rückenwirbelkrankheit, die ihm immer wieder starke Schmerzen beschert.



Foto: me / wiki commons

André Agassi 2006 mit seinem Markenzeichen: der beidhändigen Rückhand.

Agnetha Fältskog braucht keinen Weltruhm

Die Blonde von ABBA

Große Öffentlichkeit hat Agnetha Fältskog nie gesucht. Der Weltruhm mit ABBA wurde ihr irgendwann zu viel und sie stieg aus. Ihren 70. Geburtstag am 5. April wird sie im kleinen Kreis feiern.

Wem der Name Agnetha Fältskog nichts sagt: Das ist „die Blonde“ von ABBA. Bevor sie Mitglied der berühmtesten Popgruppe der 70er wird, ist sie in ihrem Heimatland Schweden schon eine bekannte Sängerin.

Aber das ist nichts gegen ihre Zeit als ABBA-Mitglied. Mit dem Weltruhm steigert sich die Aufmerksamkeit ins Unermessliche. Stalking, Fanhysterie, Welttoure, Flugangst, jeden Tag unterwegs – Agnetha Fältskog wird das alles zu viel. Sie ist ein ruhiger Typ, die Familie ist ihr wichtig. Aber die kommt bei dem ganzen Rummel viel zu kurz. Ihre Ehe mit Bandkollege Björn Ulvaeus, aus der zwei Kinder hervorgehen, zerbricht. 1979 lässt sie sich scheiden, 1982 löst sich ABBA auf.

Agnetha Fältskog nimmt noch einige Soloalben auf, dann zieht sie sich lange aus der Öffentlichkeit zurück. Es gibt nur noch sporadische Auftritte von ihr, wie bei der Premiere des ABBA-Musicals „Mamma Mia“. Sie ist zufrieden mit ihrer Arbeit als Solokünstlerin. 2013 hat sie sogar wieder einen Hit in den Charts. Nach neuesten Gerüchten ist sogar ein ABBA-Comeback nicht mehr undenkbar.



Foto: Bengt Naman / wiki commons

Agnetha Fältskog kann es wieder, auf einer Bühne zu stehen, wie hier im Jahr 2013.

Musikproduzent Giorgio Moroder schuf in den 1970ern den „Munich Sound“

Wegbereiter der Elektromusik

Der Südtiroler Giorgio Moroder war einer der Ersten, die den Synthesizer bei der Musikproduktion einsetzten. In seinem Münchner Studio produzierte er Stücke, zu denen in sämtlichen Discos der Welt getanzt wurde. Nach seinem Umzug nach Amerika machte er mit seinen Filmmusik-Kompositionen ebenso erfolgreich weiter. Am 26. April kann er seinen 80. Geburtstag feiern.

Luis Trenker bestieg die höchsten Berggipfel, sein Neffe Giorgio Moroder erklimmte die Spitzenpositionen der Hitparaden. Moroder gilt mit seiner synthesizerlastigen Musik als Erfinder des Discosounds und wird heute als Wegbereiter von Techno und elektronischer Tanzmusik von Musikern verehrt.

Der 17-minütige Stöhhit „Love to love you Baby“, den er 1975 für Donna Summer produziert, macht nicht nur die Interpretin, sondern auch ihren Produzenten weltberühmt. In dem Münchner Studio des Musikproduzenten stehen Weltstars wie David Bowie, Barbra Streisand, Blondie oder Elton John Schlange, um sich von Moroder Hits auf den Leib schneiden zu lassen.

Der Mann mit dem markanten Schnauzer zieht von München nach Los Angeles, wo er noch heute lebt, und komponiert



Foto: Andy Witchger / wiki commons

Vom Macher im Hintergrund auf die Konzertbühne: Giorgio Moroder begeistert auch im hohen Alter junge Musikfans.

fortan überwiegend Filmmusik für unzählige Hollywoodfilme, darunter Blockbuster wie „Flashdance“ und „Top Gun“. Zweimal erhält seine Titelmusik einen Oscar.

2013 kehrt er wieder zur

Tanzmusikszene zurück und tritt das erste Mal als DJ auf. Mit 78 Jahren folgt eine weitere Premiere: Moroder geht auf seine erste Welttournee. Auch nach seinem 80. Geburtstag darf man von ihm noch einiges erwarten.

Vor 90 Jahren feiert „Der blaue Engel“ Premiere in Berlin

Startschuss zur Weltkarriere

„Der blaue Engel“ gehört zur Filmgeschichte und war der Start für die Weltkarriere von Marlene Dietrich. Die Lieder, die sie in dem Film sang, sind zu Evergreens geworden. Die Geschichten rund um den „Blauen Engel“ sind heute sogar spannender als der Film selbst.

Vor der Aufführung des Films „Der blaue Engel“ ist Marlene Dietrich eine relativ unbekanntere Theaterschauspielerin, die an der Seite des UFA-Stars Emil Jannings die weibliche Rolle spielen darf. Nach der Weltpremiere am 1. April 1930 im Berliner „Gloria-Palast“ ist sie der Star, von dem alle sprechen.

Hollywood-Regisseur Josef von Sternheim hat für die Verfilmung von Heinrich Manns Roman „Professor Unrat“ in Marlene Dietrich die Idealbesetzung der Lola gefunden. Lasziv singt sie die anzüglichen Liedtexte von Friedrich Holländer und bringt den biedereren Professor Unrat um den Verstand. Auch der Regisseur verfällt seiner Hauptdarstellerin. Noch am Abend der Weltpremiere besteigt Marlene Dietrich ein Schiff nach Amerika, um dort ihre Weltkarriere zu starten.

In Deutschland tobt Emil Jannings, dass ihm eine unbekanntere Nebendarstellerin die Show gestohlen hat. Der Blaue Engel, der erste Tonfilm des Stummfilmstars Jannings, sollte sein Erfolg werden. Stattdessen starren alle auf die Beine der Dietrich.

Emil Jannings bleibt in Deutschland und lässt sich mit dem Naziregime ein, um weiter seine Karriere verfolgen zu können. Nach dem Krieg erhält er deshalb Auftrittsverbot. Er stirbt 1950.

Marlene Dietrich dreht in Amerika weiter Filme mit Josef von Sternberg und anderen Regisseuren. Schon früh äußert sie ihre Abneigung gegen den Nationalsozialismus und stellt sich im Krieg aktiv auf die Seite

der Alliierten. Sie wird einer der berühmtesten Stars der Filmgeschichte. 1992 stirbt sie in Paris.

Auch wenn heutzutage nur noch wenige den Film gesehen haben: Die Szene, in der sich Marlene Dietrich mit bestrappten Beinen und Zylinder auf einem Fass räkelt und „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“ singt, kennt fast jede*r. Sie ist in die Filmgeschichte eingegangen und hat auch nach 90 Jahre nicht ihren Reiz verloren.



Foto: ullstein bild / picture alliance

Im „Blauen Engel“ singt Marlene Dietrich leicht bekleidet von ihrer erotischen Anziehungskraft auf Männer und zeigt dabei viel Bein.